

Landesverwaltungsamt
-Landesjugendamt-
Geschäftsstelle des LJHA

Halle, den 26.11.2019
Tel. 0345/514-1627
501.1.1 Frau Koch

N i e d e r s c h r i f t LJHA Nr. 5/2019 (7)

über die 18. Sitzung in der 7. Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses mit dem Schwerpunktthema: Kinder- und Jugendhilfepolitisches Gespräch mit der Ministerin, Rechtspopulismus und Antifeminismus mit Fokus Kinder und Jugendliche, Jahresplanung 2020

am: Montag, 25.11.2019
Beginn/Ende: 09.30 Uhr bis 14.55 Uhr
Ort: Raum C 105 des Konferenzzentrums
des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration
Turmschanzenstr. 25, 39114 Magdeburg

- Öffentlicher Teil -

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.09.2019
- TOP 3 Beschlusskontrolle
- Wiederkehrende Beschlüsse
 - Unerledigte Beschlüsse der 7. Amtsperiode (Vorlage 06/2019)
 - Beschlusskontrolle und Abstimmung
- TOP 4 Berichte zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe
Berichte über Aktivitäten und aktuelle Entwicklungen
Hinweis: Unmittelbar an jeden Bericht können Rückfragen gestellt werden.
- TOP 4a Bericht der Vorsitzenden zur 7. Amtsperiode
- Fachtag Personalbemessung
 - Landtagsbeschluss „Kinderarmut bekämpfen und Folgen von Kinderarmut mildern“
 - Aktionstag Schulsozialarbeit
 - Leitbilder LJHA

- TOP 4b Bericht aus der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA-V)
Förderung: Stand Anträge 2020
BAGLJÄ, 127. AT
- TOP 4c Bericht aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (MS)
Evaluation § 31 KJHG-LSA
- TOP 4d Bericht aus dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration des Landtages
- TOP 4e Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHPL)
- TOP 4f Bericht aus dem Unterausschuss Finanzen (UA Fin)
- TOP 4g Bericht aus dem Unterausschuss SGB VIII (UA SGB VIII)
- TOP 4h Bericht aus den Landesarbeitsgemeinschaften (bei Bedarf)
- LAG Mädchen und junge Frauen
 - Bericht der Vertreter*innen in der AG des Bildungsministeriums zu multiprofessionellen Teams
- TOP 5 Gespräch mit der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration zu aktuellen jugendhilfepolitischen Schwerpunkten (10.30 Uhr)
- TOP 6 Rechtspopulismus und Antifeminismus, Kinder und Jugendliche, junge Frauen mit Blick auf die Wahlen, wkB Nr. 7
Referentin: Jenny Antonia Schulz, Freie Universität Berlin/FB Politik-u. Sozialwissenschaft
- TOP 7 Jahresplanung 2020
- TOP 8 Absprachen für nächsten Sitzungen - Themen/Verantwortlichkeiten/
Referent*innen etc.

Sitzung 16.12.2019

- Sondersitzung zum Kinder- und Jugendbericht – **Achtung:** die Mitglieder werden gebeten, sich für diese Sitzung verbindlich anzumelden, um die Beschlussfähigkeit sicherzustellen

Sitzung xx.xx.2020

- Doppelhaushalt 2020/2021 (wenn vorliegend)
- Jährliche Auswertung der Fortbildungsarbeit für sozialpädagogische Fachkräfte (wkB 2)
- Leitbilder des LJHA
- Situation von Kindern und ihren Familien mit Fluchtgeschichte/Situation in Aufnahmeeinrichtungen

- TOP 9 Verschiedenes

**Hinweis:*

Veränderungen der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte während der Sitzung werden wegen der besseren Lesbarkeit der Niederschrift nicht berücksichtigt.

von den 20 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend:

1. Frau Anger	08. Herr Kneissl
2. Herr Tekaath bis 14.45 Uhr	09. Herr Mohamad 09.35 Uhr bis 12.15 Uhr
3. Herr Kopischke bis 14.00 Uhr	10. Frau Dr. Schumann
4. Herr Pissetski	11. Herr Schweizer
5. Herr Bruchholz bis 12.15 Uhr	12. Herr Pischner
6. Herr Begrich	13. Frau Rußack
7. Herr Petrick	14. Frau Bartels

von den 10 beratenden Mitgliedern anwesend:

1. Frau Specht	4. Frau Prof. Mingerzahn
2. Frau Meurer bis 12.15 Uhr	5. Herr Krull bis 12.15 Uhr
3. Frau Heiß	

anwesende Mitarbeiter der Verwaltung:

Frau Buschke	Herr Wenzel LVwA
Frau Dr. Cremer	Herr Gelhaar LVwA

Expert*innen zu:

TOP 5: Frau Grimm-Benne/ Herr Gericke

TOP 6: Frau Schulz

anwesende Gäste:

Neben den namentlich aufgeführten Personen haben Gäste an der Sitzung teilgenommen.

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung	
-------	--	--

Die Vorsitzende, Frau Anger, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden. Sie sagt, dass heute der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen ist, dieser wird seit vielen Jahren begangen und ist seit 1999 von der UN Generalversammlung offiziell benannt. Der LJHA wird sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Thema Rechtspopulismus und Antifeminismus auseinandersetzen.

Frau Anger stellt fest, dass die Sitzung gemäß § 5 der Satzung für das Landesjugendamt i.V.m. § 3 der GO des LJHA ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist nach § 6 der Satzung für das Landesjugendamt gegeben.

13 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.09.2019	
-------	---	--

Die Niederschrift vom 16.09.2019 wird genehmigt.

TOP 3	Beschlusskontrolle	
-------	--------------------	--

Wiederkehrende Beschlüsse: keine Anmerkungen

Liste der unerledigten Beschlüsse: keine Anmerkungen

Liste der erledigten Beschlüsse: keine Anmerkungen

TOP 4	Berichte zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe	
TOP 4a	Bericht der Vorsitzenden zur 7. Amtsperiode	

Frau Anger berichtet:

- der Fachtag „Aktuelle Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen- Anhalt und personelle Handlungsbedarfe“ im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration findet am 12.12.2019 statt
- der Landtag hat den Beschluss „Kinderarmut bekämpfen und die Folgen von Kinderarmut mildern“ gefasst, die Landesregierung ist mit diesem Beschluss gebeten, sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Kindergeld und das Taschengeld inklusive der Einnahmen aus den Ferienjobs nicht auf die Regelsätze des SGB II angerechnet werden, ebenso wird die Landesregierung gebeten sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Heranziehung nach § 94 Abs. 6 SGB VIII ausgesetzt wird, es gibt die Aufforderung im Sozialausschuss darüber zu berichten
- zum Aktionstag zur Schulsozialarbeit auf dem Domplatz Ende September gab es eine vorsichtige Zusicherung des Bildungsministers, sich für die Fortführung der Schulsozialarbeit einzusetzen
- die Leitbilder wurden den Mitgliedern zugeschickt, gleichzeitig wurde darum gebeten, bis zum Januar 2020 entsprechende Anmerkungen, Überarbeitungen vorzunehmen, damit dies in der Sitzung im Februar behandelt werden kann, die Änderungen sollen an Herrn Begrich, Frau Anger und Frau Koch gesandt werden
- am Freitag wurde die Einladung zur Sondersitzung des LJHA am 16.12.2019 zum Kinder- und Jugendbericht verschickt, die AG zum Kinder- und Jugendbericht hat am Donnerstag getagt, eine Zeitschiene wurde erarbeitet und ein Gliederungsvorschlag gemacht, sollten nicht genügend Mitglieder am 16.12.2019 teilnehmen (deswegen Rückmeldefrist spätestens am 06.12.2019, 12.00 Uhr), wird ein Umlaufbeschluss gefasst, Herr Krull sagt, für die Mitglieder des Landtages kann dieser Termin, wegen eines anderen Termins, nicht wahrgenommen werden; des Weiteren weist sie darauf hin, dass der Kinder- und Jugendbericht in der Entwurfsfassung vorliegt und nur zur Bearbeitung dient
- die Jugendämter haben darum gebeten, drei Jugendämter in die AG Kindertagesbetreuung einzubinden, daher sei es erforderlich, den Beschluss zu erweitern, sie verliert den Antrag zur AG Kindertagesbetreuung, nach Ergänzungen wird folgender Beschluss gefasst

Beschluss Nr. 2019-(7)-20

Der LJHA erweitert die AG Kindertagesbetreuung um zwei weitere Plätze für den öffentlichen Träger der örtlichen Jugendhilfe sowie um einen Platz für einen kommunalen Einrichtungsträger, der durch die öffentlichen Träger der örtlichen Jugendhilfe zu benennen ist.

Die AG wird gem. § 23 GO des LJHA zeitlich befristet eingesetzt und soll auf der dritten Sitzung des LJHA 2020 ihre Ergebnisse vorstellen.

Als Mitglieder der AG werden benannt:

- Nancy Wellenreich (Mitglied LJHA, Mitglied im UA Jugendhilfeplanung)
- Klaus Roth (stellvertr. Mitglied LJHA, Mitglied im UA Jugendhilfeplanung)
- Rebecca Kutz (AWO Landesverband)
- Frauke Mingerzahn, Vertreter*in der Hochschule
- 3 Vertreter*innen eines örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe Landkreis Wittenberg, Saalekreis und Stadt Magdeburg
- Matthias Plehn, Vertreter*in eines Einrichtungsträgers
- NN, Kommunalen Einrichtungsträger
- NN, Vertreter*in der Kindertagespflege
- Landeselternvertretung: Kathrin Meurer

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4b	Bericht aus der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA-V)	
--------	--	--

Frau Specht berichtet über:

- Erledigungen von Aufträgen des LJHA durch die Verwaltung

Im Rahmen der Jugendamtsleiter*innentagung des Landesjugendamtes 2019 (25.-27.09.2019) wurden vorgestellt:

- Landesjugendhilfeplanung: Teilplan Familie (Herr Klaus Roes als Leiter der Bereichsarbeitsgruppe)
- Bestandserfassung erzieherischer Kinder- und Jugendschutz (Frau Helgard Heinecke als zuständige Referentin im LJA); Hinweis an den LJHA: Stelle erzieherischer Kinder- und Jugendschutz im Landesjugendamt konnte mit Herrn Fabian Schliephake nachbesetzt werden
- AG Kindertagesbetreuung des LJHA: Jugendämter wurden um Beteiligung gebeten; Wunsch der Jugendämter: TN LK Wittenberg, LK Saalekreis, Magdeburg als kreisfreie Stadt sowie gemeindliche*r Vertreter*in

- BAGLJÄ 127. AT (13.-15.11.2019)

Schwerpunkte:

- „Systemsprenger“, Prof. Menno Baumann, Leinerstift e.V., Fliedner FH Düsseldorf
- Untersuchung zum Thema „Care Leaver“ – Stationäre Jugendhilfe und ihre Nachhaltigkeit, Prof. Macsenaere, J. Klein, Institut für Kinder- und Jugendhilfe (IKJ)
- 17. DJHT 2021: Die BAGLJÄ wird auf Wunsch der AGJ u.a. eine Leitveranstaltung organisieren (Thema: Jugendarbeit);
- AG SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten:
 - letzte thematische Sitzung: Inklusion > Möglichkeiten: Inklusive Lösung bzw. (nur) Bereinigen von gesetzlichen Schnittstellen im Rahmen der Eingliederungshilfe
 - Abschlussveranstaltung am 10.12.2019 in Berlin
 - BMFSFJ: Abschlussbericht fasst alle Stellungnahmen und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Beteiligung zusammen; Referenten-Entwurf SGB VIII: soll möglichst frühzeitig im Jahr 2020 vorliegen
- Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern:
 - Änderung SGB VIII in gesondertem Gesetzgebungsverfahren (außerhalb SGB VIII-Reform)
 - G-Entwurf zur Errichtung eines Sondervermögens liegt vor (2 Mrd. EUR)
- Altersfeststellung UMA:

Empfehlung der BAGLJÄ im Papier „Umgang mit UMA“ wird hinsichtlich Altersfeststellung überprüft und ggf. aktualisiert

●Ausblick: Themen, die das LJA beschäftigen werden

- Zweiter länderübergreifender Fachtag 2022 (Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen) zur Jugendarbeit vorgesehen; der Fachtag soll dieses Mal (nach Thüringen) in Sachsen-Anhalt stattfinden.
- Umsetzung des Gute-KiTa-Gesetzes (KiQuTG): Aufgabenübertragungen sind zu erwarten
- Umsetzung des Masernschutzgesetzes: die Verwaltung ist aufgefordert, eine Rundverfügung, ggf. eine Handreichung zu erarbeiten

●Stand Förderanträge im LJA für 2020

Herr Gelhaar und Frau Dr. Cremer berichten über den Stand der Förderanträge aus den Referaten 501 (Kinder und Jugend) und 502 (Familie und Frauen), soweit sie die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe betreffen.

Frau Anger fragt nach dem Landesverband Pflege- und Adoptiveltern, welcher Schwerpunkt in dem Themenfeld bedient werden soll. Frau Dr. Cremer sagt dazu, dass der Verband eine Interessenvertretung für die Adoptiv- und Pflegeeltern ist, hier soll es insbesondere um Beratung für Kontakte zu den Jugendämtern, Verbesserung der Kommunikation und um die Unterstützung und Weiterbildung der Pflege- und Adoptiveltern gehen.

Frau Anger hat am Freitag aus der Presse wahrgenommen, dass der Kindernotruf des Kinder- und Jugendtelefons in Halberstadt vor dem Aus steht. Der Träger ist aufgrund der Förderregularien nicht in der Lage, Rückforderungen zu begleichen und hat angekündigt das Telefon einzustellen.

Herr Gelhaar sagt dazu, es geht nicht nur um das Kinder- und Jugendtelefon in Halberstadt, sondern auch um das in Magdeburg, das Land fördert eine*n Koordinator*in.

Hintergrund ist der, dass die Anträge des Kinder- und Jugendtelefons Mindestberatungszeiten ausweisen, die sie absichern wollen. Diese beruhen auf Zeiten des Dachverbandes „Nummer gegen Kummer“. Das Kinder- und Jugendtelefon Halberstadt war weit unter den Mindestabdeckungen (ca. 34%), daraufhin hat man antragsgemäß diese Mindestberatungszeit in den Verwendungszweck mitaufgenommen. Obwohl Fehlzeiten, die von den Koordinator*innen nicht zu verantworten sind (Krankheit, kurzfristiger Ausfall u.a.) mit berücksichtigt wurden, werden die Mindestberatungszeiten nicht abgedeckt. Der Träger hat jetzt Bedenken, dass er ein Risiko einer Rückforderung in Zukunft eingehen könnte. Er hat mitgeteilt, dass er einen Antrag nicht wieder stellen wird. Die Träger hatten Gelegenheit, Fehlzeiten zu erläutern, eine Rückforderung findet nicht statt.

TOP 4c	Bericht aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (MS)	
--------	---	--

Frau Buschke berichtet:

●Evaluation § 31 KJHG

Der Kinder- und Jugendbericht und der Evaluierungsbericht zum FamBeFöG § 31 wird im Kabinett beraten.

Evaluierung FamBeFöG: Die Förderungen aus der Jugendpauschale und dem Fachkräfteprogramm sind zusammengeführt worden, im Gesetz steht eine Gesamtsumme. Mit der Zusammenführung der Förderprogramme Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm ist zwangsläufig auch eine Vereinheitlichung der Kriterien der Verteilung der Landesmittel vollzogen worden, es ist nicht mehr so, dass die Mittelverteilung nach den

Einwohner*innenzahlen erfolgt, sondern wie viel Kinder im Alter von 10 bis 27 Jahren in der jeweiligen Kommune bzw. kreisfreien Stadt leben.

Eine vollständige Beschreibung der Entwicklungen in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und dem Jugendschutz kann der Bericht aufgrund der vorgenommenen Fokussierung auf die Aufrechnung der Landesmittel nicht leisten.

Hier konnte der Bericht nicht auf eine ausreichende Datenbasis zurückgreifen, weil die befragten Landkreise in der für die Evaluierung verfügbaren Zeit, über die von ihnen nicht finanzierten Angebote keinen vollständigen Überblick übermitteln konnten.

Für die Bewertung der Ergebnisse des Berichtes werden daher zwingend auch die Feststellungen heranzuziehen sein, die aus dem Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung zu sehen sind.

Frau Anger sagt, der Link zum Evaluationsbericht wird dem Versand der Beschlussliste beigelegt.

●FamBeFöG

Es ist abzuwarten wie im Kabinett damit umgegangen wird.

TOP 4d	Bericht aus dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration des Landtages	
--------	--	--

Herr Krull berichtet:

●Haushalt 2020/2021, am 05.02.2020 soll der Finanzausschuss über den Einzelplan 05 entscheiden, d. h. im Januar wird sich der Sozialausschuss neben der regulären Sitzung auch zu einer Sondersitzung treffen, geplant ist, dass der Haushalt im März beschlossen wird, es gibt einen Beschluss im Landtag, dass kein Träger in Existenznot kommen soll.

Das Landesgesetz zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes wurde in der vergangenen Woche in den Landtag eingebracht. Ursprünglich vorgesehen war, die notwendigen gesetzlichen Regelungen im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes vorzunehmen. Da dieses nicht zeitnah beschlossen wird, wurde nun dieser Weg gewählt. Ziel ist es, dass die Regelungen zum 01.01.2020 ihre Wirkung entfalten können. Deshalb soll das Gesetz in der Dezembersitzung des Landtages endgültig beschlossen werden. Auf Grund der Zeitabläufe wird es eine schriftliche Anhörung zum Gesetzesentwurf geben.

●In der letzten Landtagssitzung war eine große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu Kinderschutz und frühe Hilfen Thema. Eine große Einigkeit zur Bedeutung des Themas war zu erkennen.

●Der Landtag hat sich mit der Methode „Original Play“ in Kindertageseinrichtungen befasst und beschlossen, dass auf ein Verbot hinzuwirken ist.

Frau Specht teilt mit, dass das Landesjugendamt sowohl die LIGA als auch die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ausführlich schriftlich zu der Methode informiert hat. Die Jugendämter wurden um Bericht gebeten. Im Ergebnis gibt es in Sachsen-Anhalt aktuell keine Hinweise auf die Anwendung der Methode „Original Play“.

●Thema Kinderrechte ins Grundgesetz: Anliegen von der Fraktion DIE LINKE, einen Beschluss zu fassen, Thema wurde umgesetzt

●Im Ausschuss wurde sich mit Kinder Stärken e.V. beschäftigt, eine positive Resonanz war zu verzeichnen.

●zum bürgerschaftlichen Engagement gab es eine große Anfrage der SPD, mit entsprechendem Landtagsbeschluss, es wird diskutiert, wer (MS oder Staatskanzlei) die innerministerielle Arbeitsgruppe (AG) leiten soll

Frau Heiß ergänzt:

- Förderung: frühestens im Mai wird der Haushalt zugewiesen, die gebilligten Verpflichtungsermächtigungen in 2019 wurden auch für 2020 freigegeben

Frau Buschke sagt dazu, bei den institutionellen Förderungen wird abgestellt auf die gebilligten Ansätze von 2019, das ist Basis für die VE-Bescheide, bei den Projektförderungen ist das anders.

Frau Rußack fragt nach den Projektförderungen. Frau Buschke sagt, bei den Projektförderungen wird abgestellt auf die Projektförderungen, wie sie 2019 und in den Jahren davor durchgeführt worden sind. Alle Projekte die in 2019 realisiert werden konnten, werden auch in den Folgejahren, sofern der Wunsch der Träger besteht, weiter realisiert werden können, aber neue Projekte werden zunächst nicht ausgereicht.

Frau Anger fragt zum Gesetzesentwurf KiFöG/KiQuTG, wer zur schriftlichen Anhörung eingeladen wird, ist der LJHA auch vorgesehen?

Herr Krull sagt, der LJHA ist nicht vorgesehen, vorgesehen sind die LIGA, die kommunalen Spitzenverbände und der Verband der Privatschulen. Sollte Bedarf bestehen, dass der LJHA sich äußern möchte, wäre das kurzfristig möglich. Frau Anger bezweifelt, dass das leistbar wäre.

TOP 4e	Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHPL)	
--------	---	--

Frau Wichmann berichtet aus der Ausschusssitzung vom 28.10.2019:

- Kinder- und Jugendbericht

Eine inhaltliche Einführung in den Bericht erfolgte durch Frau Großberndt. Der Bericht hat aus Sicht der Anwesenden eine deutliche Steigerung gegenüber dem letzten Bericht erfahren. Aus Sicht der Teilnehmenden gibt es aber auch verschiedene Punkte, die zu kritisieren sind. Anregungen waren z.B. eine Kurzversion des Berichtes sowie eine Fassung für junge Menschen. Die Schwerpunktsetzung wurde als positiv empfunden sowie eine Überarbeitung des Datenkonzeptes mit dem Ziel empfohlen, perspektivisch bestimmte Daten regelmäßig zu erheben, um auch Entwicklungen abbilden zu können.

- landesweite Jugendhilfeplanung

Durch die Verzögerung der Haushaltsverhandlungen sind derzeit verschiedene Punkte unklar, die für das weitere Verfahren, insbesondere die Erstellung der Ausschreibung relevant sind (Höhe der Mittel, Bestehen einer VE, Zeitpunkt zu dem die Mittel zur Verfügung stehen).

Frau Specht informiert darüber, dass in einer gemeinsamen Dienstberatung mit dem Sozialministerium Einigkeit darüber bestand, dass die landesweite Jugendhilfeplanung zum Thema Schulsozialarbeit nur bei Beteiligung des Bildungsministeriums (MB) zielführend ist. In einem Schreiben des LJA über MS an MB wird um Beteiligung einer*r Vertreter*in sowohl vom MB als auch vom Landesschulamt gebeten.

Durch das MS wurde zudem eine Person zur Unterstützung der Ausschreibung benannt. Frau Wellenreich, Herr Roes, Frau Anger und MS treffen sich am 27.11.2019 um das weitere Vorgehen mit Blick auf die Ausschreibung zu besprechen.

- die Sitzungstermine des UA JHPL für 2020 wurden beschlossen

TOP 4f	Bericht aus dem Unterausschuss Finanzen	
--------	---	--

Der Unterausschuss Finanzen hat nicht getagt.

TOP 4g	Bericht aus dem Unterausschuss SGB VIII (UA SGB VIII)	
--------	---	--

Der Unterausschuss SGB VIII hat nicht getagt.

TOP 4h	Bericht aus den Landesarbeitsgemeinschaften (bei Bedarf) <ul style="list-style-type: none"> • LAG Mädchen* und junge Frauen* • Bericht der Vertreter*innen in der AG des Bildungsministeriums zu multiprofessionellen Teams 	
--------	---	--

In der letzten Sitzung am 16.10.2019 hat sich die LAG nach Diskussion für die *-Schreibweise entschieden.

Frau Rußack berichtet ebenfalls von einem großen Aktionstag der LAG Mädchen* und jungen Frauen* sowie anderen Kooperationspartner*innen am 11.10.2019 in Magdeburg, an dem 40 Mädchen* teilgenommen haben.

Eine Fotografin hat den Tag begleitet, von den Fotos werden Postkarten entstehen, um für die Arbeit der LAG zukünftig mehr zu werben. Eine Dokumentation in Form einer Handreichung wird demnächst veröffentlicht.

Im Jahr 2021 wird die LAG 25 Jahre alt, es ist zu planen, welches Event dann stattfinden wird. Voraussichtlich wird das Jubiläum mit einem weiteren Aktionstag zum Weltmädchen*tag 2021 verbunden.

Die Homepage der LAG soll in diesem Rahmen, insofern finanzielle Mittel akquiriert werden können, aktualisiert werden.

Eine Sitzung der AG des Bildungsministeriums zu multiprofessionellen Teams hat nicht stattgefunden.

TOP 5	Gespräch mit der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration zu aktuellen jugendhilfepolitischen Schwerpunkten	
-------	--	--

Frau Anger begrüßt die die Ministerin, Frau Grimm-Benne. Frau Ministerin spricht über kinder- und jugendhilferelevante Themen:

●Haushalt 2020/2021:

Der Landeshaushalt war schwierig aufzustellen, die Bundesaufgaben, die über Gesetze kommen, als auch die Landesverpflichtungen haben den Sozialhaushalt vollständig beansprucht, das Niveau 2019 wird jedoch gehalten. Es muss mehr über die Konzessionsabgabe laufen. In keinem der Bereiche wurden Kürzungen vorgenommen.

Im März 2020 wird der Haushalt verabschiedet. Das Verfahren der vorläufigen Haushaltsführung wird analog des Jahres 2019 gehandhabt. Die Verpflichtungsermächtigungen sind freigegeben worden, den Trägern der institutionellen Förderung soll die Sicherheit gegeben werden, dass auf dem Niveau von 2019 Bescheide erstellt werden. Die eingeplanten Tarifsteigerungen von 3,2 % in 2020 und 1,4 % in 2021 müssen durch das Parlament beschlossen werden.

Frau Heiß erinnert an den Anschlag in Halle, das Innenministerium hat Nachverhandlungen aufgenommen und Geld für Fachpersonal, für Verfassungsschutz, für bauliche Sicherheit der Wachhäuser eingestellt, um die Menschen demokratisch mehr zu stärken. Sie stellt die Frage, welche finanziellen Aufwüchse gab es im Bereich Demokratiebildung, Demokratieförderung beim Sozialministerium?

Frau Ministerin dazu, das Programm Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit soll auf dem hohen Niveau weiterhin im Haushalt stehen, es wurden keine Kürzungen vorgenommen, man will innerhalb der Bereiche den Fokus besonders auf die Bereiche nach der Tat, hinsichtlich Präventionstätigkeit legen. Am 17.12.2019 ist die nächste Sitzung des Beirats für das Landesprogramm, dort will man sich verständigen, wo Schwerpunkte gesehen werden. Hinsichtlich Demokratiebildung will die Landeszentrale für Politische Bildung mit dem Niederschrift LHA Sitzung vom 25.11.2019

Bildungsministerium schauen, wie bestimmte Maßnahmen gebündelt werden können, die nicht einen Aufwuchs an Finanzen bedeuten.

Herr Petrick sagt, das Landesprogramm wurde schon vor dem Anschlag für 2020 aufgestockt, die Frage der Kofinanzierung ist gesichert, das ist eine Entwicklung die begrüßt wird, das Bundesprogramm unterstützt die lokalen Partnerschaften ab dem nächsten Jahr.

Herr Begrich sagt zum Bundesprogramm, dass es bei den Summen von 2019 bleibt, es hat aber innerhalb des Programms deutliche Umschichtungen, mit Blick auf die Modellprojekte, die gefördert werden können, gegeben, so dass in Sachsen-Anhalt weniger Modellprojekte durch den Bund finanziert werden, als das in diesem Jahr der Fall war. Der Bedarf an Maßnahmen ist jedoch höher.

Frau Ministerin dazu, der Bund hat eine ausführliche Evaluierung gemacht. Es muss geschaut werden, wo zielgerichtet nachgesteuert werden muss, dazu werden beide Beiräte benötigt, um zu sehen, was im Land an Schwerpunkten benötigt wird.

Herr Gericke sagt dazu, der Bund verstetigt die Mittel, es ist für das Land ein enormer Erfolg, dass das beibehalten wird.

Frau Rußack steuert inhaltlich nach, bei Gender nach dem Bundesprogramm ist es so, dass das Thema komplett ausgeklammert wurde. Das Land könnte Akzente setzen.

- jugendpolitisches Programm und Kinder- und Jugendbericht

Der Kinder- und Jugendbericht liegt, nach Verzögerung, dem LJHA ab dem 01.10.2019 zur Stellungnahme vor, der Impfstatus von Kindern und Jugendlichen im Land Sachsen-Anhalt sowie die angekündigten Ergänzungen zur Tagesbetreuung wurden nachgereicht. Sie dankt dem LJHA dafür, dass er die Stellungnahme dazu erarbeitet.

Frau Anger sagt, der Kinder- und Jugendbericht ist ein großer Schritt nach vorn, es liegt gutes Datenmaterial vor, gute Auswertungen sind erfolgt, Beteiligungsprozesse wurden initiiert. Es ist schade, dass er sich mit dem Haushalt überschneidet und dass er erst 2022 umsetzbar ist.

Frau Ministerin sagt, der Kinder- und Jugendbericht und das jugendpolitische Programm bedingen sich gegenseitig. Das Programm soll Ende 2020 fertig sein, im November 2020 soll es ins Kabinett, im Dezember 2020 soll eine große Abschlussveranstaltung stattfinden.

Der Entwurf soll im September 2020 mit dem LJHA diskutiert werden.

Frau Heiß erörtert zum Kinder- und Jugendbericht, dieser sollte in der Mitte der Legislatur vorliegen, um Veränderungen noch vornehmen zu können. Sie bittet darum, in der nächsten Legislatur den Bericht früher vorzulegen.

Die Ministerin richtet ihre Bitte an die Ausschüsse, dass Ausschreibungen und Vergaben rechtzeitig erfolgen können, zumal hier eine gesetzliche Regelung vorliegt. Des Weiteren herrscht Personalknappheit im Ministerium. Frau Anger begrüßt die Ausschreibung des Kinder- und Jugendberichtes, eine Kritik ist, dass Fa. Ramboll nicht in der Lage war, das so fachlich auszuwerten, wie es der LJHA als erforderlich betrachtet. Deswegen seien zusätzliche Arbeiten im Ministerium angefallen.

Frau Wichmann sagt, die Zeit der Auswertung, bezogen auf die Arbeit, war zu kurz. Sie appelliert, dass der Bericht früher kommen sollte.

Nach Frau Anger könnte der LJHA zum Ende der Amtsperiode dazu, als Unterstützung, eine Positionierung machen.

- Kinderbeauftragte

Es wird im Haus noch darüber debattiert, mit welchen Aufgaben der Kinderbeauftragte betraut wird, das Thema soll zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufgerufen werden

- Schulsozialarbeit-Landesjugendhilfeplanung zum Thema Schulsozialarbeit

Frau Anger sagt, der UA JHPL hat die Planung zum Themenbereich Familie, Familienarbeit sowie Familienbildung abgeschlossen, die nächste Planung soll sich mit dem Thema Schulsozialarbeit befassen. Das Bildungsministerium wurde zur Mitarbeit in der BAG Schulsozialarbeit angefragt.

Frau Ministerin weist darauf hin, dass Schulsozialarbeit ein Thema in der morgigen Kabinettsitzung sein soll, man muss abwarten, wie der Haushalt im Landtag eingebracht wird.

- interkulturelle Öffnung der Angebote von Familie und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik weist seit einiger Zeit die Zahl der Empfänger der Hilfen zur Erziehung, deren mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist, aus. Im Jahr 2017 waren dies von 12.044 begonnenen Hilfen 1.453 (12,06%).

Herr Mohamad fragt, inwieweit die interkulturelle Öffnung der Angebote der Familien- und Jugendhilfe im Land fortgeschritten ist, sie können aus ehrenamtlicher Sicht nicht viel Unterstützung anbieten.

Frau Ministerin dazu, mit den Jugendämtern muss gesprochen werden, es muss recherchiert werden, was es für Bedarfe gibt.

Frau Specht nimmt das für die Jugendamtsleiter*innensitzung mit, es wird über das Fortbildungsprogramm des Landesjugendamtes unterstützt.

- Frau Anger verweist auf einen Beschluss zum Thema Prävention, Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen des LJHA im September 2019, es wurde ein Vorschlag aufgegriffen, welcher einen Landesbeauftragten zum Schutz vor Gewalt, Missbrauch und weiteren physischen und psychischen Vernachlässigungen und Misshandlungen unterstützt. Die Ministerin sagt, es wird momentan überlegt, wie das umgesetzt werden kann.

Frau Beier, Gast, betont, dass Mädchen mit geistiger Behinderung, Gehörlosigkeit und/oder Sehbehinderung eine der am stärksten vernachlässigten Hochrisikogruppe ist, deren Gewaltbetroffenheit ist 3 bis 5 Mal höher und bittet sofort Präventionsprogramme zu initiieren. Sie verweist auf ein Bildungsprogramm „Ben und Stella wissen Bescheid“.

Frau Ministerin sagt, es wurden in allen Einrichtungen nach dem Bundesteilhabegesetz Frauenbeauftragte etabliert, diese werden weitergebildet und können sich untereinander verständigen, mit dem neuen Behindertenbeauftragten wurde vereinbart, dass gerade diese Gruppe eng zusammenarbeitet, um in diesem Bereich den Präventionsgedanken zu verfolgen.

TOP 6	Rechtspopulismus und Antifeminismus, Kinder und Jugendliche, junge Frauen mit Blick auf die Wahlen, wKB Nr. 7 Referentin: Jenny Antonia Schulz, Freie Universität Berlin/FB Politik- u. Sozialwissenschaft	
-------	---	--

Aus Anlass des internationalen Tages der Beseitigung der Gewalt gegen Mädchen und Frauen und aus gegebenem Interesse wurde der Beschluss Nr. 7 aufgerufen, Frau Anger begrüßt Frau Schulz, als Referentin, für das Thema Rechtspopulismus und Antifeminismus mit seinen Auswirkungen und Gefährdungen für die Kinder- und Jugendhilfe.

Frau Schulz bedankt sich für die Einladung und stellt einen Teil ihrer Forschungsergebnisse zum Thema vor.

Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und promoviert zum Thema Antifeminismus der radikalen Rechten in Landesparlamenten.

Sie sagt Antifeminismus ist kein neues Phänomen. Hedwig Dohm, bekannte Frauenrechtlerin, die während des Kaiserreichs für die Erwerbstätigkeit der Frauen und das Wahlrecht gekämpft hat, hat 1902 den Begriff Antifeminismus geprägt. Es gibt einen Wandel von Geschlechterverhältnissen, daraus hat sich der Antifeminismus als Gegenbewegung entwickelt.

Dabei zielt Feminismus in seinen Emanzipationsbestrebungen grundsätzlich auf die Aufhebung aller Ungleichverhältnisse und setzt sich in seinen historischen Ausformungen für gesellschaftspolitische Liberalisierung sowie für eine Endnormierung der Geschlechterverhältnisse ein. Antifeminismus bezeichnet dagegen primär Einstellungen und Verhaltensweisen, die sich gegen die Frauenbewegung, respektive den Feminismus oder Feminismen und dessen Errungenschaften und Ziele richten. Es gibt verschiedene antifeministische Akteursgruppen, die sich personell und inhaltlich teilweise überschneiden.

Sie stellt die Frage: Wie funktionieren Antifeminismus und die radikale Rechte zusammen? Antifeminismus ist sowohl implizit als auch explizit Versatzstück rechter Ideologien. Antifeminismus ist auch ein Ausgangspunkt populistischer Rhetorik. Insgesamt funktioniert Antifeminismus besonders bei der Produktion von Ängsten und Gefahrenszenarien, sowohl innergesellschaftlich als auch von außen.

Welche Herausforderungen hat das für die Jugendhilfe? Es betrifft geschlechterreflektierte Pädagogik, die sich gegen Sexismus und für Gleichstellung einsetzen, Mädchenarbeit, kritische Jungenarbeit, Pädagogik der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt, Sexualpädagogik, das sind die Bereiche, die von diesen antifeministischen Diskursen betroffen sind.

Als Handlungsstrategien für die Jugendarbeit nennt sie die Anerkennung von Antifeminismus als signifikantes Problem, Wissen und Öffentlichkeit, Vernetzung, Ressourcen und Beratungsangebote.

Herr Begrich ergänzt Bedrohung und Gewalt, Angriffe verbaler als auch physischer Natur, gegenüber feministischen Akteur*innen, vor allem im Internet aber auch auf der Straße – das ist eine Dimension, die Berücksichtigung finden muss.

Herr Tekaath fragt, ob der Antifeminismus in Deutschland überall gleich oder unterschiedlich ist? Frau Schulz kennt keine systematischen Unterschiede, da es noch zu wenig vergleichende Untersuchungen dazu gibt, ihr Eindruck ist, dass es unterschiedliche Akteurskonstellationen in den verschiedenen Bundesländern gibt.

Frau Anger bedankt sich bei Frau Schulz für den Vortrag, Frau Schulz sagt, ihre Arbeit ist in ca. 1- 1 1/2 Jahren fertig, sie würde sich über Anmerkungen der LJHA-Mitglieder freuen, die sie unter jenny.schulz@fu-berlin.de machen können. Frau Anger würde sich freuen, wenn Frau Schulz dem LJHA mitteilt, wo die Dissertation nachgelesen werden kann.

Nach Diskussion stellt Herr Begrich den Antrag 17/2019, der nach Wortmeldungen und Änderungen wie folgt gefasst wird.

Beschluss Nr. 2019-(7)-21

Seit einigen Jahren erleben wir eine Entgrenzung des Rechtsextremismus, die die Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellt. Dies zeigte nicht zuletzt der tödliche Anschlag am 9. Oktober in Halle. Diese Herausforderungen an eine offene Gesellschaft brauchen Antworten auf allen Ebenen – in Politik und Verwaltung, im zivilgesellschaftlichen Engagement und in der Arbeitswelt. Dabei gilt es insbesondere, Ansätze der Prävention und der politischen Bildung zu stärken – auch und gerade in der Kinder- und Jugendhilfe. Hier
Niederschrift LJHA Sitzung vom 25.11.2019

bietet sich die Möglichkeit, die kommenden Generationen im Engagement für die Demokratie zu stärken sowie zur Auseinandersetzung mit autoritären und menschenverachtenden Ideologien zu befähigen.

Der Landesjugendhilfeausschuss ist sich der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaft bewusst. Er appelliert an alle staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe, sich den Herausforderungen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus zu stellen.

Der Landesjugendhilfeausschuss versteht eine engagierte, fachlich kompetente und gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe als Präventionsarbeit gegen Radikalisierung und Rechtsextremismus und als wichtigen Beitrag für eine demokratische Gesellschaft. Zugleich fordert er die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf, Beratungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für eine fachlich adäquate Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Menschenverachtung weiterzuentwickeln.

Der Landesjugendhilfeausschuss bekräftigt seine „Leitsätze für Diversität in der Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalts“ und fordert die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf, ihre Anstrengungen zur Umsetzung und Anwendung zu verstärken.

Der Landesjugendhilfeausschuss appelliert an die Landespolitik, im Rahmen der Haushaltsaufstellung sowie der Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen die Herausbildung demokratischer, interkultureller und geschlechtergerechter Kompetenzen bei jungen Menschen zu stärken, ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern sowie die Präventionsarbeit für eine offene Gesellschaft auszubauen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7	Jahresplanung 2020	
-------	--------------------	--

Frau Anger reicht den Antrag 16/2019 ein.

Beschluss Nr. 2019-(7)-22

Für die Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses im Jahr 2020 werden folgende Termine vorgeschlagen.

17.02.2020 Halle
20.04.2020 Magdeburg
22.06.2020 Halle
21.09.2020 Magdeburg
30.11.2020 Halle

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 8	Abspraken für nächsten Sitzungen – Themen/Verantwortlichkeiten/Referent*innen etc.	
-------	---	--

Sondersitzung 16.12.2019

- Sondersitzung zum Kinder- und Jugendbericht – **Achtung:** die Mitglieder werden gebeten, sich für diese Sitzung verbindlich anzumelden, um die Beschlussfähigkeit sicherzustellen

Sitzung 17.02.2020

- Jährliche Auswertung der Fortbildungsarbeit für sozialpädagogische Fachkräfte (wkB 2)
- Leitbilder des LJHA
- Situation von Kindern und ihren Familien mit Fluchtgeschichte/Situation in Aufnahmeeinrichtungen (evtl.MS, Refugium, Herr Mohamad)

Frau Meurer wird gebeten, zur Situation Volksbegehren in der Februarsitzung zu referieren.

Sitzung 20.04.2020

- den Kinder- und Jugendbericht als auch Evaluation § 31 FamBeFöG zu besprechen mit der Frage, ergeben sich daraus Perspektiven, die der LJHA noch einmal aufgreifen muss, Schwerpunkte aus dem Kinder- und Jugendbericht

Weitere Schwerpunkte wären:

Die Koordinatoren des Landesprogrammes Weltoffenheit sollen eingeladen werden, über Aktivitäten des Landesprogrammes zum Thema Jugend soll berichtet werden. Weiterhin könnte man sich mit dem National Bericht zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention befassen. (Herr Schweizer, Herr Petrick)

TOP 9	Verschiedenes	
-------	---------------	--

Frau Anger berichtet, dass vom PARITÄTISCHEN Landesverband am 13.12.2019 ein Fachtag zum Thema Ombudschaften veranstaltet wird, Anmeldungen können noch vorgenommen werden.

Herr Begrich sagt, Anfang Dezember findet im Sozialministerium ein Werkstattgespräch zum Thema Radikalisierung und Internet statt.

Anger (Vorsitzende)	Koch (Schriftführerin)
------------------------	---------------------------